



Unternehmensfinanzierung

AKTUELL

25. August 2022

Überblick

Trotz eines konjunkturell guten Jahresauftakts blickt die deutsche Wirtschaft angesichts einer möglichen Rezession sorgenvoll in die Zukunft. Auch ein weiterer Anstieg der Inflation erscheint denkbar. Die EZB hat bereits weitere Zinsanstiege in Aussicht gestellt.

2

Die Unternehmen bekommen die Unsicherheit und Rezessionsorgen unmittelbar zu spüren, auch wenn direkte Auswirkungen noch nicht im Umsatz oder Absatz ablesbar sind. Weitere Einschränkungen in der Energieversorgung könnte dies rasch ändern.

4

Mit dem derzeit vor allem kurzfristigen Finanzierungsbedarf von Unternehmen steigt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten deutlich an. Parallel bilden die Banken höhere Risikorücklagen, wodurch sich die Kreditstandards leicht verschärfen.

5

Rohstoffsicherung ist ein wichtiger Baustein bei der Transformation der Wirtschaft. Durch EU-koordiniertes Vorgehen können Liefer- und Raffineriestrukturen gestärkt werden.

8

Aufgrund der deutlich gewordenen Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft von globalen Handels- und Lieferketten sollte die Außenwirtschaftsförderung und konkret die Exportgarantien des Bundes an den neuen Herausforderungen ausgerichtet werden.

9

Das Ausbremsen der Wirtschaft sowie der Umfang der Stützungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie sind beispiellos. Der Bankenverband hat die einzelnen Maßnahmen bewertet und Schlussfolgerungen für kommende Herausforderungen formuliert.

10

Konjunkturelle Entwicklungen in Deutschland

Deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle

Nach einem ausgesprochen guten Jahresauftakt – die gesamtwirtschaftliche Leistung wuchs in den ersten drei Monaten dieses Jahres um +0,8 % gegenüber dem Vorquartal – ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland im zweiten Quartal dieses Jahres fast zum Erliegen gekommen (+0,1 % gegenüber dem Vorquartal). Die Industrieproduktion wurde durch die andauernden Material- und Lieferengpässe deutlich gehemmt und fehlende Vorprodukte schränken die Produktion auch weiterhin ein. Hinzu kommt, dass das hohe Auftragspolster der Industrie mit dem enormen Anstieg der Produktionskosten beständig an Wert verliert.

Das Dienstleistungsgewerbe leidet ebenfalls deutlich unter der sehr hohen Inflation und den stark gestiegenen Energiepreisen. Im Einzelhandel macht sich bereits eine Kaufzurückhaltung bemerkbar. Die Stimmung der Konsumenten hat sich spürbar eingetrübt. Der Einzelhandelsumsatz ist im Juni 2022 real, also ohne Inflationseffekte, um 8,8 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (-1,6 % ggü. Mai 2022). Am Arbeitsmarkt ist die Situation hingegen weiterhin stabil. Das Beschäftigungsniveau ist hoch und viele Unternehmen klagen über einen wachsenden Arbeitskräftemangel.

Unsicherheiten und Risiken bleiben außerordentlich groß

Die Perspektiven für die kommenden Quartale haben sich bis zuletzt weiter eingetrübt. Besonders starke Belastungen dürften sich auch im weiteren Jahresverlauf durch die zu hohe Inflation und die sehr hohen Energiepreise für Verbraucher und Unternehmen ergeben. Hinzu kommt die große Unsicherheit über die künftige Gasversorgung, nachdem Russland die Gaslieferungen in den letzten beiden Monaten deutlich gedrosselt hat. Weitere Spannungen könnte eine Verschärfung des Konfliktes zwischen China und Taiwan auslösen. Zum einen kommen wichtige elektronische Vorprodukte (insb. Halbleiter) aus Taiwan, zum anderen ist China der wichtigste Handelspartner für Deutschland.

Rezessionsrisiko deutlich gestiegen

Für das gesamte Jahr 2022 erwarten wir in Deutschland nur noch ein Wirtschaftswachstum von knapp 1,5 %. Dieses Wachstum dürfte ausschließlich auf dem guten Ergebnis aus dem 1. Quartal 2022 sowie auf statistischen Effekten aus dem Vorjahr beruhen. Im weiteren Jahresverlauf ist aus heutiger Sicht ein leichter Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu befürchten.

Auch für das kommende Jahr gehen erste Konjunkturprognosen inzwischen von einem BIP-Rückgang in Deutschland aus. Das Risiko einer deutlichen Rezession im nächsten Jahr ist derzeit mit rund 50 % zu veranschlagen. Der Bankenverband wird am 22. September 2022 gemeinsam mit Chefvolkswirten der privaten Banken eine neue Konjunkturprognose veröffentlichen.

Sondereffekte reduzieren den Preisdruck vorübergehend

Die Inflationsrate ist im Juni und Juli 2022 in Deutschland leicht gesunken, lag aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau (zuletzt +7,5 % ggü. dem Vorjahr). Der

Rückgang ist insbesondere auf Sondereffekte (9-Euro-Ticket und Tankrabatt) zurückzuführen, die den Preisanstieg kurzfristig gedrückt haben. Im gesamten Euroraum kletterte die Teuerungsrate im Juli 2022 dagegen auf 8,9 % und erreichte damit einen neuen Rekordwert. Die Unternehmen geben inzwischen einen großen Teil der steigenden Produktionskosten an die Verbraucher weiter, so dass der Preisauftrieb eine immer breitere Basis erhält. Die Inflation ist somit längst nicht mehr nur auf die hohen Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen.

Mit dem Auslaufen der Sondereffekte in Deutschland im September 2022 sollte die Inflationsrate wieder steigen. Der Höhepunkt des Inflationsanstiegs könnte dann im Oktober und November 2022 erreicht werden, wenn auch die Gasumlage im Verbraucherpreisindex messbar ist. In ersten Prognosen wird sogar eine zweistellige Inflationsrate erwartet. Weitere Verschärfungen der geopolitischen Konflikte könnten die Inflation zusätzlich anheizen. Ferner könnte von der Lohnseite Inflationsdruck ausgehen, je nachdem wie die in den kommenden Monaten anstehenden Lohnverhandlungen ausfallen. Bei der Verhandlungsposition der Gewerkschaften dürfte dabei auch der zunehmende Arbeits- und Fachkräftemangel eine Rolle spielen.

Sowohl das erhöhte Rezessionsrisiko als auch die Normalisierung der Rohstoffpreisentwicklung könnten dazu führen, dass die Inflation im kommenden Jahr Schritt für Schritt wieder nachgibt. Gleichwohl wird aus heutiger Sicht das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 % auch im nächsten Jahr deutlich überschritten.

EZB hat Negativzinspolitik beendet

Mit der Erhöhung der Leitzinsen um 50 Basispunkte haben die europäischen Währungshüter im Juli 2022 ein deutliches Signal gesendet und auf die hohen Inflationserwartungen reagiert. Für die kommenden Monate hat die EZB weitere Zinserhöhungen in Aussicht gestellt. Dabei ist es wichtig, dass die weitere Normalisierung der Geldpolitik sorgfältig auf das jeweils aktuelle Umfeld abgestimmt wird und das Ziel verfolgt, einen weiteren Anstieg der Inflationserwartungen zu verhindern. Wegen der langen Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik kann die EZB die aktuellen Inflationsraten nicht dämpfen. Sie muss auch nicht die Nachfrage drosseln, wie in einem „normalen“ inflationären Nachfrageprozess. Stattdessen sollte es ihr klar kommuniziertes Ziel sein, die Inflationserwartungen möglichst nahe bei 2 % zu verankern.

Es ist daher richtig, dass die EZB für die künftigen Zinsschritte keinen verbindlichen Anpassungspfad festgelegt hat. Vor dem Hintergrund einer möglichen Rezession im Euroraum könnte die EZB ihre Zinserhöhungen im kommenden Jahr sogar vorübergehend pausieren.

Lage der Unternehmen

Trotz der konjunkturellen Herausforderungen und Unwägbarkeiten sind die überwiegende Zahl an Unternehmen gegenwärtig solide aufgestellt und schätzen die aktuelle Lage als stabil ein. Während einzelne Branchen wie das Verarbeitende Gewerbe oder Gastgewerbe zu Beginn des Sommers mit einem deutlichen Umsatzwachstum aufwarten konnten, weist beispielsweise der Einzelhandel aber den größten Rückgang seit 1994 auf.

Stabile Ausgangssituation wird von negativem Ausblick dominiert

Vor diesem Hintergrund sackt laut aktuellem ifo Geschäftsklimaindex die Unternehmensstimmung in Bezug auf Geschäftslage und -erwartungen in den kommenden Monaten auf den niedrigsten Wert seit Juni 2020 ab. Auch wenn die Betroffenheit der Unternehmen von Sanktionen, Inflation, Lieferketten und Rohstoffpreisen sehr variiert, trüben die wachsenden Rezessionssorgen den Ausblick branchenübergreifend ein. Besonders stark betroffen sind hiervon die energie- und vor allem gasintensiven Branchen, aber auch konsumnahe Sektoren. Für einige Unternehmen ist zudem die Corona-Pandemie noch nicht überstanden, da erst jetzt die Tilgung der vor über zwei Jahren aufgenommenen Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm einsetzt und erst nach und nach klar wird, wie es um einzelne Unternehmen wirklich bestellt ist.

Von geringer Aussagekraft sind die Entwicklungen der Unternehmensinsolvenzen, die von einem niedrigen Stand ausgehend (u. a. aufgrund Ausnahmeregelungen während der Corona-Pandemie sowie Rückstau der Anträge in den Gerichten) zuletzt nochmals weiter abgesunken sind. Im Vergleich zum Vormonat sind die beantragten Regelinsolvenzen um -4,2 % zurückgegangen. Zugenommen hat indes die Anzahl an Unternehmen, die ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Lieferanten und Kreditgebern nur verspätet nachkommen. Damit muss nicht zwingend ein Zahlungsausfall einhergehen, ein Warnsignal ist es aber.

Bezahlbare und verfügbare Energie entscheidend über weiteren Verlauf

Eine entscheidende Rolle für die weitere Wirtschaftsentwicklung spielt die (wenig beeinflussbare) Versorgung der Wirtschaft mit Gas: Nach wie vor gilt die Stufe zwei des Notfallplan Gas und ist die Situation aufgrund der von Russland willentlich gedrosselten Gasmenge durch die Pipeline Nord Stream 1 weiter angespannt. Bleibt es bei diesen niedrigen Liefermengen oder werden diese weiter verringert bzw. vollständig gestoppt, wird weder die Auffüllung der Speicher bis zum Herbst dieses Jahres gelingen noch eine weitere deutliche Preisanhebung zu verhindern sein. Im schlimmsten Fall – beginnend mit der Ausrufung der Stufe 3 „Notfallstufe“ – könnten Unternehmen in der Breite von der Gasversorgung abgeschnitten sein bzw. nur noch eingeschränkt ihrer Wirtschaftsaktivität nachkommen können. Eine solche Gasrationierung würde zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung in den Winterquartalen führen.

Das fossile Brennstoffe, allen voran Gas, spätestens zum Beginn des Winters nochmals deutlich teurer werden, ist von vielen Unternehmen aber bereits eingepreist. Sollte dieser Preissprung nicht aus Eigenmitteln oder Fremdkapital gestemmt werden können – was angesichts der kurzfristig benötigten enorm hohen Summen nicht ausgeschlossen werden

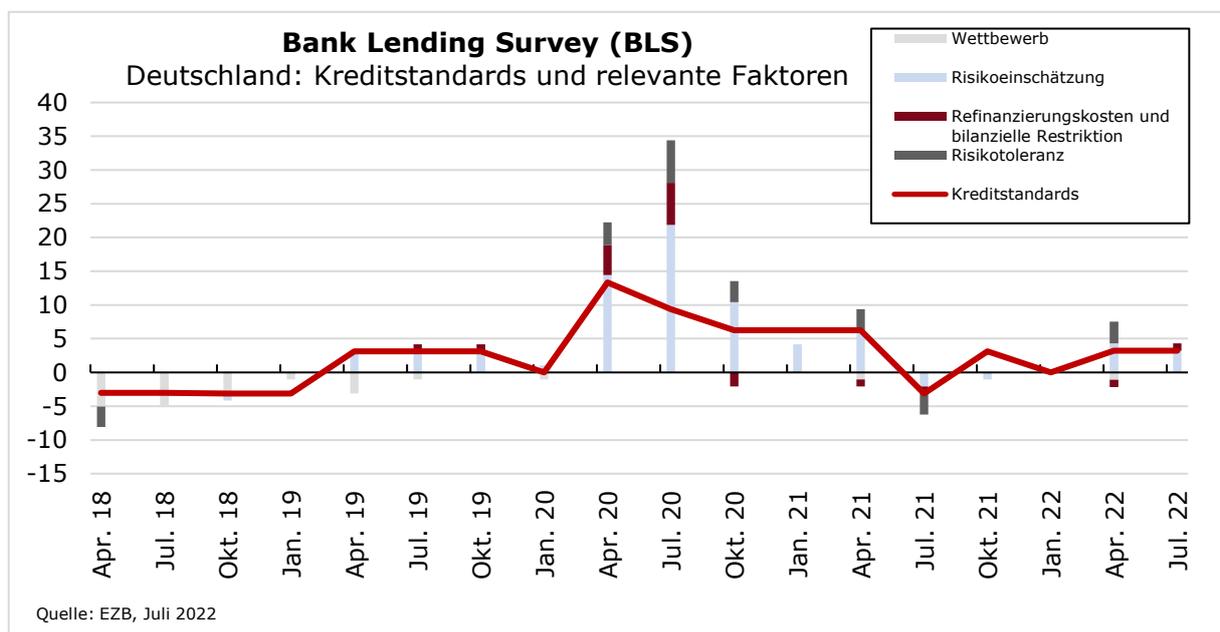
kann – stehen mittlerweile verschiedene staatliche Instrumente zur Verfügung: Zum einen bietet das novellierte Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) Gasimporteuren die Möglichkeit, Preissteigerungen entlang der Handelskette mittels einer Umlage von 2,4 Cent pro Kilowattstunde ab 1. Oktober 2022 an den Gas-Endverbraucher weiterzugeben, um ihre zusätzlichen Kosten beim Gaseinkauf auszugleichen. Ebenfalls Bestandteil des EnSiG sind gesellschaftsrechtliche Erleichterungen, welche dem Bund die Durchführung von Stabilisierungs- bzw. Kapitalmaßnahmen bei Unternehmen der kritischen Infrastruktur im Energiesektor erleichtern. Zum anderen existieren verschiedene staatliche Finanzierungsinstrumente, um Unternehmen liquide zu halten. Hierzu zählen neben den an den Corona-Maßnahmen angelehnten Unterstützungshilfen der KfW sowie der Bürgschaftsbanken insbesondere das Energiekostendämpfungsprogramm. Dadurch können antragsberechtigte energie- und handelsintensive Unternehmen einen Zuschuss zu ihren gestiegenen Erdgas- und Stromkosten von bis zu 50 Millionen Euro erhalten. Ferner existiert mit dem Margining-Programm ein Absicherungsinstrument, um Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln, den Zugang zu ausreichender Liquidität weiter gewährleisten zu können. Die finanziellen Mittel werden in Form von Kreditlinien der KfW bereitgestellt, die durch eine Bundesgarantie abgesichert sind.

Kreditvergabe und -bedingungen für Unternehmen

Die Banken sind aufgrund von soliden bzw. deutlich gewachsenen Eigenkapitalquoten sowie einer niedrigen Quote von notleidenden Krediten gut für die aktuellen Herausforderungen aufgestellt. Präventiv bilden Banken gleichwohl höhere Rücklagen, um auf eine Verschlechterung der Lage bzw. Anstieg der Risiken vorbereitet zu sein.

Gleichklang von anziehenden Kreditbedingungen...

Dies hat bereits erste Auswirkungen auf den Zugang zu Krediten: Unternehmen wie Banken verzeichnen eine leicht restriktivere Kreditvergabepolitik. Neben einer höheren

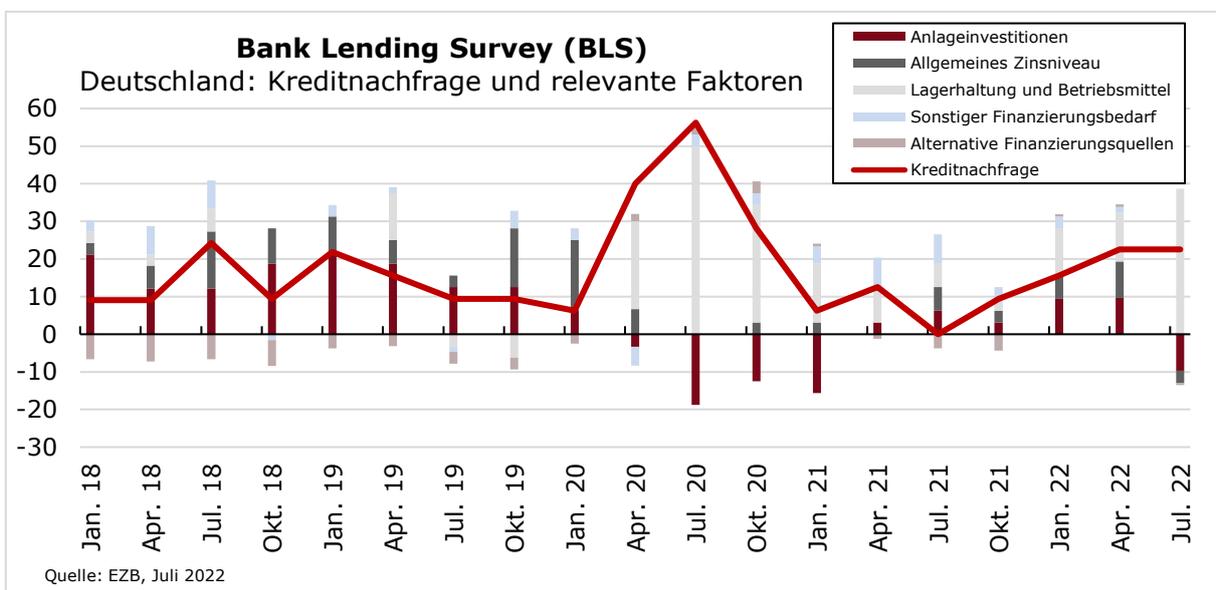


Risikomarge, der anhaltenden Unsicherheit sowie den weiterhin gestörten Lieferketten spielt hierbei die bereits eingeläutete Zinswende der EZB eine Rolle. Die Kreditvergabestandards für Unternehmen könnten sich in den kommenden drei Monaten nochmals verschärfen. Keine Auswirkungen haben die angezogenen Zugangsbedingungen gleichwohl auf die Ablehnungsraten bei Unternehmenskrediten – diese sind im Gegensatz zu Verbraucher- und Wohnungsbaukrediten weiterhin konstant.

Im europäischen Vergleich wurden die Kreditvergabestandards in Deutschland laut aktuellem Bank Lending Surveys (BLS) der EZB mit +3,2 % nur geringfügig angehoben – in Frankreich (+25 %), Italien (+18,1 %), Spanien (+8,3 %) sowie im Eurozonen-Durchschnitt (+15,6 %) ist der Anstieg deutlicher.

...und steigender Kreditnachfrage

Parallel zu diesen Entwicklungen stieg laut aktueller Ifo-KfW Kredithürde sowohl der Anteil mittelständischer Unternehmen und insbesondere der von Großunternehmen in Kreditverhandlungen im zweiten Quartal 2022 an. Die deutschen Banken berichteten analog dazu in der EZB-Befragung mehrheitlich von einem Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten (+23 %) gegenüber dem Vorquartal. Die Nachfragentwicklung spiegelt damit sowohl die allgemeine Unsicherheit durch die gedämpfte Konjunkturaussicht als auch den weiterhin bestehenden Liquiditätsbedarf durch fragile Lieferketten und gestiegene Rohstoff- und Energiepreise wider. Außerdem kommt es zu vorgezogenen Nachfrageeffekten aufgrund der weiter voranschreitenden Normalisierung der Geldpolitik im Euroraum.



Insbesondere die kurzfristige Kreditnachfrage der Unternehmen hat deutlich zugenommen, unter anderem aufgrund eines höheren Bedarfs an Betriebskapital für die angestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sowie weiteren Finanzierungsbedarf für die höhere Lagerhaltung. Rückläufig waren zuletzt längerfristige Anlageinvestitionen. Banken wie Unternehmen erwarten vor dem Hintergrund höherer Zinskosten im Zuge der EZB-

Zinswende sowie der Rezessionsorgen allerdings einen Rückgang der Kreditnachfrage und -vergabe in der zweiten Jahreshälfte.

Diese Tendenz unterstreichen auch die jüngsten Bundesbank-Zahlen zu den ausstehenden Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen im zweiten Quartal 2022: Der deutliche Anstieg des Volumens sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch zum Vorquartal setzt sich fort und erreicht neue Höchststände. Zwar ist der Zuwachs bei den kurzfristigen Krediten weiter am stärksten (+6,1 %), doch weisen nunmehr auch mittel- und langfristige Kredite auf ein moderates Wachstum hin (+3,15 % bzw. +1,33 %). Das Kreditvolumen ist dabei am deutlichsten bei Zweigstellen ausländischer Banken (+9,4 % ggü. Vq., +33,8 % ggü. Vj.), Auslandsbanken (+6,6 %, +20,7 %), Großbanken (+2,8 %, +10,3 %) und Landesbanken (+2,6 %, +14,8 %) gewachsen – Grund hierfür dürften die Nachfrage vor allem der größeren Unternehmenskunden sein.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Spar-kassen	Landesbanken	Kreditgenossen
Stand Quartalsende in Mrd. €					
Q4/2020	1.004,14	289,98	292,00	109,75	211,86
Q1/2021	1.023,52	296,39	294,22	116,00	215,39
Q2/2021	1.010,26	288,76	295,18	108,04	216,83
Q3/2021	1.016,73	286,55	297,40	110,38	220,26
Q4/2021	1.038,10	296,97	299,25	120,07	222,91
Q1/2022	1.064,07	307,56	304,37	120,86	226,52
Q2/2022	1.090,00	317,48	307,45	123,99	230,15
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)					
Q4/2020	3,6	-1,4	4,0	-3,5	5,3
Q1/2021	2,3	-3,1	3,4	-0,3	5,4
Q2/2021	-0,5	-6,6	2,5	-6,4	5,0
Q3/2021	0,8	-3,4	2,4	-2,3	5,0
Q4/2021	3,4	2,4	2,5	9,4	5,2
Q1/2022	4,1	3,8	3,4	4,2	5,2
Q2/2022	7,9	9,9	4,1	14,8	6,2
Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)					
Q4/2020	-0,4	-2,3	0,5	-2,9	1,0
Q1/2021	1,9	2,2	0,8	5,7	1,7
Q2/2021	-1,3	-2,6	0,4	-6,9	0,7
Q3/2021	0,6	-0,8	0,7	2,2	1,5
Q4/2021	2,1	3,6	0,6	8,8	1,2
Q1/2022	2,6	3,5	1,7	0,7	1,6
Q2/2022	2,4	3,2	1,0	2,6	1,6

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, August 2022

Transformation der Wirtschaft: Fokus auf Rohstoffsicherung

Die Transformation hin zu einer nachhaltigen, digitalen aber vor allem auch resilienten Wirtschaft ist angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges dringlicher denn je. Die deutsche Wirtschaft steht vor einem Jahrzehnt der Investitionen – ein Großteil dieser Investitionen ist privater Natur und kann/muss aus einem Dreiklang von Bankkrediten, Kapitalmarktinstrumenten und öffentlichen Geldern finanziert werden.

Abhängigkeiten/Anfälligkeiten des deutschen Wirtschaftsmodell korrigieren

Insbesondere im Zusammenhang mit Rohstoffen ist die Abhängigkeit Deutschlands und Europas in den letzten zweieinhalb Jahren deutlicher denn je geworden: sowohl das weit verzweigte Netz an Lieferketten als auch der Bezug von Rohstoffen von einigen wenigen, wenn nicht sogar nur einem Bezugsland haben zu deutlichen Preissteigerungen und Engpässen insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und Schlüsselsektoren der Wirtschaft geführt. Denn: der Anteil von Rohstoffen beläuft sich auf knapp ein Fünftel aller deutschen Importe, die sich weder schnell kompensieren noch ohne weiteres durch ein anderes Exportland ersetzen lassen. Da die erfolgreiche Transformation der Wirtschaft in zentraler Weise von der Verfügbarkeit von Rohstoffen wie seltenen Erden für die Digitalisierung, Lithium für Batterien oder Iridium für Wasserstoff abhängt, bedarf es einer europäischen Strategie zur gesicherten Rohstoffversorgung – sei es durch den Ausbau inner-europäischer bzw. dem Betreiben von außereuropäischen Raffinerien, der Erhöhung der Recyclingquoten in der Produktion oder der Substitution von Rohstoffen.

Lösungsansätze auf europäischer Ebene finden

Zwar werden Unternehmen vereinzelt ihre Bezugsquellen selbst neu aufstellen können, doch wird die Verfügbarkeit von Rohstoffen über die nächsten Jahrzehnte nur mittels eines europäischen Ansatzes gewährleistet werden können. Die Marktmacht der EU als größte Freihandelszone sollte dabei genutzt werden, um die Unabhängigkeit von Lieferanten, die Senkung der Kosten und die Reduktion der Emissionen zu erreichen. Hierfür müssen langfristige Partnerschaften mit Ländern abgeschlossen werden, die über die Rohstoffe verfügen und die auch deren Verfügbarkeit und Lagerung gewährleisten können. Neben der Vernetzung der Mitgliedsstaaten zur nachhaltigen Energieversorgung sind Potenziale von Recyclingverfahren bzw. verstärkte F&E-Bemühungen zu nutzen.

Solch ein Umbau setzt angemessene Finanzierungsbedingungen voraus:

Erstens sollten Finanzierungen bzw. Investitionen in Projekte mit bestehenden Instrumenten des Bundes (z. B. Euler Hermes-Bürgschaften) für nachhaltige Technologien zur Energiegewinnung attraktiver ausgestaltet sein, um Risiken bei der Finanzierung in neuartige Technologien zu minimieren. Zweitens sollte das Instrument des ungebundenen Finanzkredits genutzt werden, um die Rohstoffzufuhr sicherzustellen. Drittens muss überlegt werden, ob Investitionen und deren Absicherung durch Private-Public-Partnerships möglich sind oder inwiefern die Finanzierung von Infrastrukturprojekten mit dem Recht an der Bereitstellung von Rohstoffen verbunden werden kann. Letztlich könnten sowohl verstärkt Kapitalbeteiligungen an Unternehmen vermittelt werden, die über Rohstoffressourcen verfügen, als auch die klassischen Instrumente der Handels- und Exportfinanzierung (s. u.) stärker zum Einsatz kommen.

Mit dem Thema internationaler Handel in Krisenzeiten hat sich jüngst auch unser [Podcast „Bankgeheimnis“](#) befasst.

Neuausrichtung der Außenwirtschaftsförderung und Exportwirtschaft

Die globale Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg haben gezeigt, wie fragil globale Handelsketten sind und wie die industriegeprägte und exportorientierte deutsche Wirtschaft von globalen Handelsaktivitäten abhängig ist. So führen aktuell die steigenden Energiepreise und die Versorgungsunsicherheit von Gaslieferungen zu einer massiven Verteuerung von Waren und Dienstleistungen. Deutsche Unternehmen haben dadurch einen strukturellen Nachteil gegenüber internationalen Wettbewerbern. Darüber hinaus unterstreicht die gegenwärtige Abhängigkeit von mineralischen Rohstoffen (z. B. Seltene Erden) die Notwendigkeit einer Diversifizierung von Beschaffungsmärkten, die gleichwohl Zeit, einen höheren Organisationsaufwand und nicht zuletzt höhere Kosten verursacht. Schließlich verlangt die Erreichung der ambitionierten Klimaziele zusätzliche Anstrengungen. Die deutsche Industrie möchte mit ihren innovativen Produkten Teil der Lösung sein. Investitionen in nachhaltige Lösungen sind allerdings auch mit einem erhöhten Risiko verbunden. Diese Risiken müssen bei strategischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

Angesichts dieser Herausforderungen erscheint eine Neuausrichtung, insbesondere der deutschen Exportgarantien des Bundes (Hermesdeckungen) notwendig. Hierzu zählt:

- Reduktion der Abhängigkeiten sowohl beim Import als auch im Export und zugleich Erhöhung der Markt- und Exportanteile in anderen Ländern (insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer).
- In Zeiten eines steigendes Zinsniveaus ist langfristige Planbarkeit für Schwellen- und Entwicklungsländer unabdingbar. Die dafür vorgesehenen CIRR-Kredite (Commercial Interest Reference Rate) werden im Vergleich zum europäischen Umfeld derzeit noch zu wenig genutzt. Durch einen praktikableren Ansatz könnten solche Kredite bei der Entwicklung von Finanzierungskonzepten verstärkt aufgenommen werden.
- Im internationalen Wettbewerb sollen Produkte und Qualität überzeugen und nicht die Finanzierungsmodalitäten. Um unlautere Subventionierungen zu verhindern, hat die OECD hierfür einen Konsens geschaffen. Dieser erfüllt die aktuellen Anforderungen allerdings nur noch teilweise und muss dringend angepasst werden.

Die private Banken Deutschlands spielen bei der Außenhandelsfinanzierung eine wichtige Rolle, begleiten sie doch annähernd 90 Prozent des Exports deutscher Unternehmen. Ausführliche Einschätzungen und Empfehlungen finden sich im [gemeinsamen Positionspapier von Bankenverband und BDI](#).

Lehren aus den Corona-Maßnahmen zur Stabilisierung der Unternehmen

Durch die weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurde das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland ab März 2020 ausgebremst. Um die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie auf Konjunktur und Beschäftigung zu minimieren, hat die Bundesregierung gleichzeitig finanzielle Hilfen zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen beschlossen. Die umgesetzten Maßnahmen umfassten unter anderem verschiedene Bundeszuschüsse, das KfW-Sonderprogramm sowie die Erweiterung des Kurzarbeitergeldes. Diese unterschiedlichen Instrumente wurden im weiteren Verlauf der Pandemie an die pandemische Lage angepasst und sind zum 30. Juni 2022 nun endgültig ausgelaufen. Rückblickend trugen die wirtschaftlichen Hilfen dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich recht stabil durch die pandemischen Wellen der letzten beiden Jahre gekommen ist.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen bezüglich der Kriegsauswirkungen und der mehrdimensionalen Transformation der Wirtschaft sollten die richtigen Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik während den Pandemie Jahren gezogen werden. Zwar waren sowohl die Pandemie als auch die darauffolgenden Eindämmungsversuche einzigartig, dennoch liefern die pandemischen Jahre wichtige Erkenntnisse, aus denen Lösungsansätze für aktuelle und zukünftige Herausforderungen generiert werden können.

Aus Sicht der privaten Banken in Deutschland zählen hierzu:

- Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Förder- und Hausbanken ist entscheidend für effiziente und passgenaue Unterstützungsprogramme und deren schneller Umsetzung. Förderprogramme brauchen Verlässlichkeit und attraktive Konditionen.
- Starke Banken waren und sind Teil der Lösung: Das Hausbank- und Durchleitprinzip hat sich in der Krise bewährt und ist zentral für unternehmensspezifische Risikoeinschätzungen sowie individuelle Finanzierungslösungen.
- Zur Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen bedarf es eines diversifizierten Finanzierungsmix aus bankbasierter Kreditfinanzierung, Fördermitteln und Liquidität aus dem Kapitalmarkt.
- Angesichts der Vielzahl und Dringlichkeit der Herausforderungen, unter anderem in Bezug auf die Resilienz der Lieferketten, sind Strukturanpassungen in Unternehmen und der gesamten Wirtschaft unumgänglich. Der Staat wird künftig nicht jede Verwerfung auffangen können (Stichwort Preissteigerung) und sollte dies auch nicht tun.

Die ausführliche Analyse des Bankenverbands ist [hier](#) abrufbar.